

17. September 1932

Theater-Tunnel
lange Nacht

Schlager!
Lige, gute Bier!
Lige, gute Essen!

Wien
Savoy - Ruf: 41931
gliche Tanz

Windmühle
Schlachtfest

Hotel Blasewitz
abend 4 Uhr Tanzlo
8 Uhr Reunion

Hotel Loschwitz
Gr. Schlachtfest

Wintersberg
Schiffstation Schmika a. E.
unst hat begonnen!

cksachen

Die Komödie
1/8 Guten Morgen

Central-Theater
4 Varieté

Liebespiel

Frank II zum Verfassungstreit

Die Tagesordnung des Preußenlandtags

Heute: Beginn unseres neuen Romans

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Bankenplan für Industrief Kredite

Gründung neuer Finanzierungsinstitute

Berlin, 17. Sept. In dem Bestreben, der deutschen Wirtschaft neue Kreditmöglichkeiten zu erschließen, sind zwischen den deutschen führenden Bankinstituten unter Führung der Reichsbank Verhandlungen aufgenommen worden, aus denen sich bisher folgender grundlegender Plan herauskristallisiert hat.

Es soll ein „Industrie-Finanzierungsinstitut“ (IFI) gegründet werden, in das die Kapitalressourcen, in ihrer Sicherheit aber einwandfreien Debitoren der Banken eingebracht werden sollen.

Für den Gegenwert der eingebrachten Forderungen, mit denen die Banken auf Kontokorrentkonto erkannt werden, sollen Eigenkapitalanteile ausgestellt werden, die unter Einwirkung der Reichsbank jederzeit bei der Reichsbank redemptierbar sind. Das Industrie-Finanzierungsinstitut wird vornehmlich mit einem Aktienkapital von 30 Millionen M. ausgestattet werden, das von den Banken, die von dieser Einrichtung Gebrauch machen wollen, gezeichnet werden soll. Vornehmlich wird das Aktienkapital zunächst mit nur 25 v. H. eingezahlt. Der Debitorenbetrag, den die Banken auf das Institut übertragen können, wird in einem bestimmten Verhältnis zu dem von der einzelnen Bank übernommenen Betrag an „IFI“-Aktien gebracht und etwa das Fünffache dieses Betrages ausmachen. Durch diese Maßnahme soll verhindert werden, daß die Banken sich den auf in Folge der zu erwartenden Produktionssteigerung heranwachsenden Kreditanforderungen aus Mangel an liquiden Mitteln verweigern müssen. Die bisher die Banken befallenden eingefrorenen Forderungen werden dadurch flüssig

gemacht und der Wirtschaft als neues Arbeitskapital zugeführt.

Neben der „IFI“ soll ein zweites Institut, die „Amortisationskasse“, gegründet werden, die im wesentlichen die gleichen Ziele wie das erwähnte Institut verfolgt, jedoch mit dem Unterschied, daß es eine Aufsichtsinstitution für die langfristigen Darlehen der Banken darstellt.

Auch hier soll den Banken der Gegenwert der eingebrachten Forderungen gutgeschrieben werden. Für die aus der Forderung nicht eingehenden Beiträge werden die einbringenden Banken auf einem Sonderkonto belastet. Die auf diese Weise entstehenden Debitoren sollen, sofern die Amortisationskasse Eigenkapital erzielt, hierauf getilgt oder von den einbringenden Banken allmählich abgedeckt werden. Dadurch wird erzielt, daß die Kreditverhältnisse auf mehrere Jahre verteilt werden, was sowohl für die Banken wie auch für deren Debitoren von Vorteil ist, da durch diesen Zeitgewinn eine Vereinfachung der finanziellen Situation der beiden Partner ermöglicht wird.

Ambau des Reiches

Über die abgelaufene Woche braucht man sich, was die Fülle der politischen Ereignisse betrifft, wirklich nicht zu beklagen. Sie hat politische Ueberrassungen, staatsrechtliche Streitfragen und neue Pläne gebracht, die in normalen Zeiten für Jahre Stoff zum Nachdenken und Handeln geboten hätten. Freilich sind alle diese Probleme nur angechnitten worden, und ihre Lösung liegt vielfach noch in nebelhafter Ferne. Der ungelöste Streit zwischen Parlament und Regierung, der zur Reichstagsauflösung führte, soll in der kommenden Woche im Untersuchungsausschuss weitergehen. Das ist angesichts des entscheidenden Stadiums, in das unser Kampf für Gleichberechtigung getreten ist, nicht sehr erfreulich. Denn keine heftige Durchführung, die Hand in Hand mit einem Umbau unserer ganzen Außenpolitik geht, der gründliche Veränderungen unserer auswärtigen Vertretungen mit sich gebracht hat, bedarf eines Volkes, das außenpolitisch einig ist und das seine innerpolitischen Streitfragen mit Würde durchzusetzen weiß. Das dürfte bei gutem Willen allerseits nicht schwer fallen, weil die Durchsetzung unserer außenpolitischen Forderungen Goff sei Dank eine Frage ist, in der sich alle Parteien, mit Ausnahme des Marxismus, einig sind. Sie ist also nicht vom Stande der gegenwärtigen Regierung abhängig.

Aber das Reichskabinett hat sich mit der Finanzfrage der außenpolitischen Probleme nicht befaßt, sondern ausschließlich die inneren Fragen, namentlich diejenige des Umbaus unserer ganzen Reichsgefüges, in Angriff genommen. Daneben laufen die Arbeiten der Wiederanrufung unserer Wirtschaftspolitik und der Umgestaltung unserer Handelspolitik. Das sieht so aus, als ob die Regierung keineswegs gewillt sei, ihre Stellung in kurzer Zeit wieder aufzugeben. Allerdings ist eine Klärung der nächstliegenden Frage, der Festlegung eines Termins der Neuwahlen zum Reichstag, noch nicht erfolgt. Es scheint die Politik der Reichsregierung zu sein, zunächst einmal den Nachweis für ihre Existenzberechtigung durch eifrige Tätigkeit zu erbringen, um auf diese Weise ihre Position im kommenden Wahlkampf zu verbessern und der scharfen Kritik der Parteien ein Gegengewicht zu bieten. Ob ihr das gelingen wird, ist eine Frage, die von sehr vielen Umständen abhängt, über die erst die nächsten Wochen und Monate entscheiden können. Mit ihren Anrufungsplänen hat die Regierung aber ohne Zweifel in weitesten Kreisen der Wirtschaft neue Hoffnungen geweckt. Durch den Erfolg von Einfuhrkontingenten sucht sie das Vertrauen der Landwirtschaft zu erwerben. Sie läuft dabei allerdings wieder Gefahr, in Konflikt mit den Exportinteressen der Industrie zu kommen. Die Gerechtigkeit der Arbeitnehmer soll durch eine wesentliche Verminderung der Arbeitslosigkeit gemildert werden. Ja, die Regierung gibt sich darüber hinaus der Erwartung hin, daß eine weitgehende Entlastung des Arbeitsmarktes ihr gestattet, die Unterhaltungsbedürfnisse für besonders Bedürftige, namentlich für kinderreiche Erwerbslose, wieder zu erhöhen und so die Zweifel in ihre sozialpolitische Gesinnung zu beseitigen. Diese Hoffnungen der Reichsregierung sind gewiß lässlich, sie hängen aber davon ab, mit welcher Schnelligkeit sich das Wirtschaftsprogramm erfolgreich zeigt. Sehr fraglich bleibt, ob bei einer Neuwahl, die verfassungsmäßig spätestens am 6. November stattfinden müßte, die Kräfte dieses Bemühens bereits sichtbar sind. Würde das der Fall sein, dann hätte es der Reichspräsident sicher leichter, die Männer seines Vertrauens mit allen Teilen der nationalen Bewegung auszuwählen und zu gemeinsamer Arbeit am Wiederaufbau des Reiches zusammenzuführen. Die Eingliederung namentlich des Nationalsozialismus in die Regierungstätigkeit aber ist, das haben wir wiederholt hervorgehoben, unbedingt notwendig, um für die alle Gebiete des Staats- und Wirtschaftslebens umfassenden Pläne der Regierung die nötige Verabschiedung der politischen Vertretung der breitesten Volksschichten zu schaffen. Neben der Versöhnung mit den Parteien, von der wir leider gegenwärtig immer weiter wegaufkommen scheinen, muß die Reichsregierung die Versöhnung mit den süddeutschen Ländern zum guten Ende bringen.

In der Fronde der Zentrumregierungen des Südens, namentlich Bayerns, erwacht Vopen befaßlich der erste große Gegner, der allerdings nach der verüblichen Aussprache in Stuttgart auf offene Opposition verzichtet.

Hilfe für die Landwirtschaft tut not

Die Spannung zwischen Agrar- und Exportinteressen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. Sept. Das Reichskabinett ist heute vormittag zu seiner angekündigten Sitzung zusammengetreten. Entgegen den bisherigen Annahmen wird das Kabinett, wie amtlich verlautet, heute noch keine Beschlüsse treffen. Der heutige Tag ist lediglich einer großen Aussprache über die zu behandelnden Probleme vorbehalten. Im Laufe des Vormittags empfing auch der Reichspräsident von Hindenburg den Reichsverwaltungsminister Freiherrn v. Braun zum Vortrag. Freiherr v. Braun unterrichtete den Reichspräsidenten über die Lage der deutschen Landwirtschaft sowie über die Maßnahmen, die das Kabinett auf landwirtschaftlichen Gebieten zu treffen gedenkt.

Es kommt jetzt darauf an, daß das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung hinsichtlich der Landwirtschaft zunächst die solide Grundlage schafft, von der allein eine allgemeine Wirtschaftsbelebung ausgehen kann.

Die Verwirklichung des allen Weltbekannten „Not der Bauer Welt, so hat es die ganze Welt“ ist Ausgangspunkt aller Erwägungen. Die Wiederherstellung der Kaufkraft des inneren Marktes hat ihren Schlüssel in der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft. Weils es hier, für die so genannte landwirtschaftliche Veredelungsindustrie eine Grundlage zu schaffen, auf der die Rentabilität des deutschen Bauern wieder in einem gewissen Umfang hergestellt wird, dann können die Rückwirkungen auch auf die städtischen und industriellen Kreise nicht ausbleiben. Die

Veredelungswirtschaft kann aber nur dadurch entlastet werden, daß man von ihr die unheilvollen Folgen eines Agrarimportis wegnimmt. Der seit Jahr und Tag wie ein Alpdruck auf jedem deutschen Bauern liegt und ihn unabh. macht, auch nur die Beschäftigung seiner Produktion zu bedeuten, geschweige denn an eine Abtragung der aufgeschauelten Schulden zu denken. Die Schwierigkeiten eines durchgehenden Schutzes der agrarischen Veredelungswirtschaft liegen bekanntlich darin, daß andere Exportindustrien nicht zu Unrecht schwere Beeinträchtigungen befürchten, wenn die Grenzen in dem wünschenswerten Maße gegen das Einführen ausländischer landwirtschaftlicher Produkte abgeperrt werden. Auch die Zinsienfrage ist zunächst von landwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu beurteilen.

Die Rentabilität der Landwirtschaft ist nicht wieder herstellbar, wenn das Zinsniveau nicht auf irgendeine Weise mit der Rentabilität des Bauern in Einklang gebracht wird.

Daß dies eine sehr heikle Frage ist, steht außer Zweifel, und man wird mit Spannung denjenigen Lösungen entgegenzusehen haben, die das Reichskabinett für tragbar und notwendig hält. Die Pläne des Kabinetts geben, wie wir hören, darauf hinaus, daß eine zweiseitige Zinskonvention für den gesamten landwirtschaftlichen Weltkredit eintritt. Der Zinssatz soll 4,5 Prozent nicht überschreiten.

Bayerische Regierungsbekretär in Berlin

München, 17. Sept. Staatsrat Schäffer wird morgen abend an einer Finanzministerkonferenz nach Berlin abreisen. Auch Ministerpräsident Dr. Feld wird sich nach Berlin begeben.

Frank II zum Verfassungstreit

München, 17. Sept. Rechtsanwalt Dr. Frank II unterliegt in der Reichsversammlung der Reichstagsauflösung. Er erklärt, die Verabschiedung der Verfassungsurkunde sei mit der Reichsverfassung nicht vereinbar, weil sie infolgedessen den gleichen Anhalt wie bei der letzten Reichstagsauflösung als Grund habe. Der Reichspräsident habe die Möglichkeit nicht beachtet, durch Vertagung der Nationalsozialisten mit der Reichstagsauflösung eine Reichsregierung aus dem Reichstag 1932 herauszubilden. Dr. Frank hält daran fest, daß dem Reichspräsident das Wort nicht habe erteilt werden können, weil die Abstimmung als einseitiger zusammenhängender Vorgang bereits begonnen habe. Die Reichstagsauflösung sei die, daß der Reichstag rechtlich wirksam aufgelöst sei, die von dem Reichstag nach Aufstellung der Aufständischen durchgeführte Abstimmung sei aber trotzdem konstitutiv wirksam. Vopen und sein Kabinett hätten nach Artikel 64 der Reichsverfassung unverzüglich zurückzutreten.

Die Tagesordnung des Preußenlandtags

Berlin, 17. Sept. Für die preussische Landtags-Sitzung am Mittwoch liegt nunmehr die Tagesordnung vor. Die Sitzung soll um 12 Uhr beginnen. Unmittelbar vorher tritt um 12 Uhr der Kellereirat zusammen. Der Landtag will zunächst über den kommunalistischen Antrag wegen Strafverfolgung für politische Gesinnung abstimmen. Weiter stehen Anträge des Geschäftsausschusses auf der Tagesordnung, darunter auch die Genehmigung zur Durchführung einer Privatklage und zur Strafverfolgung des früheren Ministerpräsidenten Brauns. Dann folgt die zweite Beratung des nationalsozialistischen Antrages über die Kommunalwahlen. Darüber wird jedoch der Gemeindevorstand am Montag erst noch einmal beraten. Auf der Tagesordnung der Landtags-Sitzung stehen dann ferner: die große Verwerfungsbekanntmachung und die Verordnungen für den Haushaltplan, die Schatzkammer und die Wobepolitik.

Heute: Beginn unseres neuen Romans